



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

---

Peter Bescherer, Matthias Quent

Diskussionspapier zur Tagung »Sie kamen von hier« –  
Von den 90ern bis heute. Widerstand gegen die extreme Rechte. NSU und Staat

Friedrich-Schiller-Universität Jena  
Institut für Soziologie  
Carl-Zeiß-Straße 2  
07743 Jena  
Tel.: 03641 9-45520  
Fax: 036419-45522

Peter.Bescherer@uni-jena.de  
Matthias.Quent@uni-jena.de

## **Vorüberlegungen**

»Aufarbeitung« heißt nicht »einen Schlussstrich ziehen«, sondern die Hinwendung zu einer Vergangenheit, die in der öffentlichen Wahrnehmung wenig präsent ist und auch für die Aufarbeitenden selbstkritische und schmerzhaftige Fragen mit sich bringt. Denn hinter den schrägen Auftritten von Verfassungsschutzmitarbeitern vor den Untersuchungsausschüssen zur NSU-Mordserie und der tiefen Verstrickung der Geheimdienste gerät der ostdeutsche 90er-Jahre-Rechtsextremismus schnell aus dem Blick. Und mit ihm das Ignorieren, Verharmlosen, stille Dulden und engagierte Relativieren durch Kommunalpolitik, Verwaltung, Behörden, Sozialarbeit, Schule. »Aufarbeitung der Vergangenheit« heißt also vielerlei: Fragen nach der Verantwortung der Zuständigen wirft sie ebenso auf wie solche nach Kontinuitäten und Nachwirkungen der Pogromstimmung von 1991/92 und nach der Schwerkraft politischer Institutionen, die die 1993 auf repräsentativ-demokratischem Wegen beschlossene Abschaffung des Grundrechts auf Asyl nicht verhindern konnten. In Hinblick auf Protestmobilisierung gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus heißt »Aufarbeitung« der 90er Jahre, jene Antifaschist/-innen in den Blick zu nehmen, die damals noch nicht der Zivilgesellschaft zugerechnet wurden – ihre Erfahrungen, strategischen Ansätze, Erfolge und Niederlagen sollen nicht verloren gehen und sind wichtig, um über unser Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus heute zu reflektieren. Der Rückblick auf die letzten 20 Jahre – so verstehen wir das Anliegen der Tagung – kann helfen, die momentan erreichte Situation in ihrer Veränderbarkeit und Umkämpftheit vor Augen zu führen. Er kann darüber hinaus Entwicklungslinien sichtbar machen und damit den Jenaer Initiativen gegen Rechts in der Klärung ihrer politischen Strategien der nächsten Jahre weiterhelfen.

## **Gesellschaftspolitischer Umgang mit Rechtsextremismus**

Die nur rudimentär vorhandene (wissenschaftliche) Auseinandersetzung zum Umgang mit Rechtsextremismus nach 1989 in Ost- und Westdeutschland identifiziert drei Phasen gesellschaftspolitischer Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, die sich auch in Thüringen und Jena widerspiegelt:

1. Versuchte Integration der vor allem jugendliche Akteure des neuen Rechtsextremismus in die Mitte der Gesellschaft (bis Mitte der 1990er)
2. Staatlicher Rückzug (bis 2000)
3. Hinwendung zur Stärkung von Zivilgesellschaft (ab 2000)

Während ein Zwischenfazit über die (trotz »Extremismusklausel« u.a. noch derzeitige) dritte Phase aussteht, haben sich sowohl repressive wie auch pädagogische Maßnahmen »lediglich als bedingt wirksam erwiesen«.<sup>1</sup>

### **Falscher Umgang mit Rechtsextremismus in den 1990er Jahren – die Beispiele Saalfeld und Weimar**

Die in Saalfeld durchgeführte Studie »Demokratische Stadtkultur als Herausforderung«<sup>2</sup> ermöglicht einen außergewöhnlich tiefen Einblick in die Art und Weise des Umgangs mit Rechtsextremismus in Thüringen zum Ende der 1990er Jahre. Der Studie liegt die Annahme zugrunde, dass das rechtsextremistische Problempotenzial von der Ausprägung demokratischer Strukturen und Aktivitäten abhängt. Dies impliziert:

1. Akteur/-innen aus dem rechtsextremistischen Umfeld haben es schwerer, Gegner/-innen einzuschüchtern und Machtpositionen zu erringen und zu verteidigen, je mehr Widerstand ihnen entgegenschlägt;
2. lebendige demokratische Kultur ist eine Alternative für Jugendliche, die sich sonst zu Angeboten der rechtsextremen Szene hingezogen fühlen könnten;
3. Pädagog/-innen und Sozialarbeiter/-innen in einem demokratiestarken sozialen Umfeld kann es eher gelingen, Mitläufer/-innen und Sympathisant/-innen zu einer Abkehr von rechtsextremen Meinungen zu bewegen.

In Saalfeld kam es bereits kurz nach der Vereinigung zu schweren Ausschreitungen von rechten Jugendlichen, die selbst Polizeiwagen mit Steinen bewarfen. Die Staatsmacht, so das Fazit, »habe damals die Kontrolle über die Situation verloren«.

1997 wurde im Problemviertel Gorndorf ein neues und prestigeträchtiges Stadtteil- und Jugendzentrum gebaut, in dem auch eine Gruppe rechter Jugendlicher einen Raum erhielt. Dahinter stand der Wunsch, rechte Jugendliche von der Straße zu holen. Von den 80 Jugendlichen, die den Klub an Wochenenden regelmäßig aufsuchten, waren etwa 80 Prozent der rechtsextremen Szene zuzuordnen.

Gegen das Erstarken der rechtsextremen Szene in Saalfeld wandte sich eine antifaschistische Bündnis-Demonstration im Oktober 1997, die von den Behörden verboten wurde. Es folgten Demonstrationen gegen Neonazis, aber auch von Neonazis. In diesem Zusammenhang erwiesen sich vor allem Polizei und Lokalpolitik als definitionsmächtige Sprecher in den Lokalmedien. Die Lokalpolitik war insbesondere bemüht, eine pauschalisierende Stigmatisierung von Saalfeld als »rechte Hochburg« abzuwehren. Durch diesen Diskurs wurde

---

1 Kleffner, Heike: *Kleine Geschichte des Umgangs mit Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland nach 1989*, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): *Deutsche Zustände: Folge 7*, Frankfurt/M. 2009, S. 263

2 Strobl, Rainer/ Würzt, Stefanie/ Klemm, Jana: *Demokratische Stadtkultur als Herausforderung*, Weinheim, 2003.

»im Zusammenhang mit den Demonstrationen und die veröffentlichten und wiederholten Aussagen von Polizei, Politik und Medien selbst ein Rahmen gesetzt, in dem Rechtsextremismus schließlich in dem Rahmen »unpolitische Jugendgewalt« aufging.«<sup>3</sup>

Diese Tendenz spiegelte sich auch in Leserbriefen der Lokalpresse wieder.

»Der politische Unterschied zwischen Links und Rechts wurde in diesem Diskurs aufgehoben und die Demonstrationsteilnehmer verschmolzen in diesem Bild unterschiedslos zu einer unpolitischen Masse gewaltbereiter Jugendlicher bzw. »Chaoten«. [...] Diese Strategie der Parallelisierung von Links- und Rechtsextremismus führte zu einer Entpolitisierung des Rechtsextremismus.«

Treffend resümiert die Forschergruppe:

»Kurz zusammengefasst lenkt eine solche parallelisierende Redeweise von dem eigentlichen Problem des Rechtsextremismus und seiner politischen Dimension ab. Damit sollen andererseits problematische Verhaltensweisen oder Gewalttaten aus dem linksautonomen Spektrum nicht verharmlost werden. Wofür wir auf der Grundlage der Ergebnisse plädieren ist allerdings der Verzicht darauf, den Verweis auf den Linksextremismus für eine Relativierung und Entpolitisierung des Rechtsextremismus zu instrumentalisieren. Dies entwertet letztlich auch das Anliegen von Bürgern, die sich in humanistischer Absicht gegen Rechtsextremismus einsetzen.«<sup>4</sup>

Diskursmächtige Akteur/-innen für diese gleichsetzende Bagatellisierung fanden die Forscher in ihren Interviews sowohl unter lokalpolitischen Vertreter/-innen der CDU wie auch der damaligen PDS und unter Sozialarbeiter/-innen. Im Diskurs setzte sich eine lokale Sichtweise in den Medien durch, in der Saalfeld als »Opfer äußerer Einflüsse« betrachtet wurde und die Angst um das Image als Touristenstadt die Wahrnehmung der rechtsextremistischen Bestrebungen vor Ort einengte.

Die Forscher beobachteten eine, offensichtlich politisch begründete, Doppelzüngigkeit im Umgang mit Rechtsextremismus:

»Während beispielsweise Sozialarbeiter in den Interviews zum Teil offen über Probleme mit rechtsextremen Jugendlichen Auskunft gaben, sprachen sie in einer öffentlichen Situation wie einer regionalen Konferenz, an der wir selbst teilnahmen, von ihrer Klientel nicht als von rechtsextremen Jugendlichen, sondern von »Problemgruppen«.«<sup>5</sup>

---

3 Ebd., S. 147

4 Ebd., S. 149

5 Ebd., S. 163

Ein solches Harmonieideal in der politischen Kultur resultiert in Konfliktvermeidung in der öffentlichen Debatte: Minderheitenmeinungen werden eher auf Ablehnung stoßen und Akteur/-innen sich mit Engagement und Problembewusstsein in der Öffentlichkeit zurückhalten.

Als weiteres, den Rechtsextremismus begünstigendes Moment wird die »Privatisierung« von politischen Problemen identifiziert, die sich in den Äußerungen eines SPD-Politikers aus Saalfeld in Bezug auf potenzielle Opfergruppen von Rechtsextremist/-innen äußert: »Fremdenfeindlichkeit haben wir nicht groß, weil wir nicht groß Fremde haben. [...] Und die Fremden die wir haben, die können sich ganz gut selber wehren.«<sup>6</sup> Diese Bagatellisierung des Rechtsextremismus wird auch in Äußerungen eines SPD-Kommunalpolitikers bezüglich Übergriffe rechtsextremer Jugendliche auf Linke deutlich, die in den Begriffen eines sportlichen Wettkampfes gedeutet werden:

»Und der Rest sitzt einfach davor, ein paar Jungs, die hören ein bisschen böse Onkels, saufen zehn Bier, brüllen ›Heil Hitler‹ und fahren mit 'm Golf GTI ins nächste Dorf, um dort einen zu suchen, der Dreadlocks hat. Und entweder ist der schneller oder nicht. Und wenn er nicht schneller ist, hat er was gelernt, und schneidet sich die Dreadlocks ab, ja. Oder nicht, dann eben auch nicht. Der hat ja mit unserer gesellschaftlichen Diskussion nicht allzu viel zu tun.«<sup>7</sup>

Mit dem Vermeiden von Wertedebatten im Kontext rechtsextremer Einstellungen und Meinung, so das Fazit der Untersuchung, können sich in einem lokalen Raum Lebensweisen, Einstellungen und Meinungen unwidersprochen etablieren und ausbreiten, obwohl das von den institutionellen Akteure/-innen keineswegs gewollt war. Weiterhin wurden die »Sachorientierung«, die sich in der Verhandlungsbereitschaft der Verwaltung im Zuge einer Hausbesetzung durch Rechtsextremist/-innen 1996 und die Relativierung von »dummen Mitläufern« als kontraproduktiv im Umgang mit Rechtsextremismus herausgestellt.

Für den Freistaat halten Strobl et al fest:

»Auf landespolitischer Ebene zeigt die von uns durchgeführte Medienanalyse für Thüringen eine Tendenz zu einer entpolitisierten Darstellung der Problematik. In den entsprechenden Passagen der Berichterstattung lässt sich dies beispielsweise an Formulierungen festmachen, die auf eine Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus hinauslaufen bzw. die allgemeine Gewaltproblematik stark betonen.«<sup>8</sup>

Dass eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht zwangsläufig darauf hinauslaufen muss, stellen die Forscher im Vergleich mit einer anderen Region in Ostdeutschland fest, die sich durch eine erfolgreichere Auseinandersetzung hervortut, in dem Rechtsextremismus nicht in Bezug auf Linksextremismus, sondern bezüglich demokratischer Grundwerte diskutiert wird. In Thüringen wurde dagegen im landespolitischen Diskurs »

---

6 Ebd., S. 164f.

7 Ebd.

8 Ebd., S. 261

›Gewalt‹ als das zentrale Problem diagnostiziert, und die Beruhigung von gewalttätigen Gruppen oder Szenen und die Gewaltprävention werden als Lösungsmöglichkeit vorgezeichnet.«

### »Zielgruppenorientierte Prävention«

Im Rahmen des Bundesaktionsprogramm »Zielgruppenorientierte Prävention – Gegen Aggression und Gewalt« wurden in der ersten Phase in Thüringen 1993 mindestens elf Projekte mit der Zielgruppe rechtsextremistische Jugendliche staatlich subventioniert, unter anderem in Eisenach, Kahla und Jena – auch der »Jugendclub Dichterweg« in Weimar.<sup>9</sup> Das leerstehende Gebäude wurde 1991 von rechten Jugendlichen besetzt, worauf die Stadt »zunächst ziemlich blauäugig«<sup>10</sup> reagierte. So hieß es in eine Pressemeldung vom 20.11.1991:

» ›Sensibilität und Sachlichkeit‹ fordern Ralph Kettel (Die Grünen) und Christine Schild (Neues Forum) bei der Beurteilung des inzwischen gegründeten Vereins ›Dichterweg‹, einem Treff rechter Jugendlicher, der angesichts gehäufte fremdenfeindlicher Übergriffe ins Zwielicht geraten ist.«<sup>11</sup>

Im Rahmen der akzeptierenden Jugendarbeit (die auch im Jenaer Winzerclub praktiziert wurde, in dem sich Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe trafen) mit jungen Rechtsextremen gab es in Weimar häufig »Glatzenmusik«, »Sieg-Heil- und Ausländer-raus-Gegröle, das Absingen faschistischer Lieder und lautstarke Trinkgelage«.<sup>12</sup> Die Umgebung wurde flächendeckend mit einschlägigen propagandistischen Aufklebern versehen.

Schnell war das Haus im Dichterweg in der bundesdeutschen Neonaziszene bekannt und verschiedene rechtsextreme Organisationen waren um Einflussnahme bemüht, wie etwa die »Deutsche Alternative« (DA). Selbstbewusst berichtete die DA damals von 100 Mitgliedern in Thüringen – in den Berichten des Landesamtes für Verfassungsschutz taucht sie jedoch nicht auf.

Was heute einen Skandal auslösen würde, sorgte damals kaum für Aufsehen: Die damalige Bundesministerin Angela Merkel besuchte den rechten Treffpunkt 1992 – auf dem eine Reichskriegsflagge wehte. Zu den zu resozialisierenden Gästen des staatlich geförderten Treffpunktes gehörte damals auch der 1975 geborene Jan Morgenroth, der seit 2009 für die NPD im Stadtrat Weimar sitzt und am 22.04.2012 als Bürgermeisterkandidat für die NPD in Blankenhain antrat. 1993 wurden zahlreiche Gewalttaten und eine Wehrsportübung aus dem Dichterweg bekannt, u.a. überfielen die Rechtsextremen drei Wohnungen vermeintlicher Linker. Die Vorfälle sorgten bundesweit für Aufmerksamkeit. Nach Schließung und einem

---

9 Vgl. Thüringer Landtag, Drucksache 1/2964. Weitere Einrichtungen, wie der »Winzerclub«, wurden aus den kommunalen Haushalten finanziert.

10 Vgl. Borchert, Ralf: »... bisschen was Derberes«. *Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft – das Beispiel Weimar*, Jena, 2004, S. 103.

11 Ebd.

12 Ebd.

neuen Anlauf wurde das Projekt schließlich eingestellt. Die Stadt Weimar hat daraus gelernt und den Fehler dieser Form der akzeptierenden Jugendarbeit – im Gegensatz zu anderen Städten in Thüringen – nicht wiederholt.

Ursächlich für das Scheitern der Jugendarbeit mit Rechtsextremist/-innen war nicht nur in Weimar, dass sich keiner der Sozialarbeiter/-innen mit der kursierenden rechtsextremen Ideologie auseinandersetzte. Zudem hinderte niemand die – vorrangig aus den alten Bundesländern kommenden – Neonazis daran, in den Klubs Schulungen abzuhalten und Wehrsportübungen zu organisieren. Weder Stadt, Land noch Bund gingen den Berichten vom rechtsextremen Treiben der Jugendlichen nach, »die Verantwortlichen verschlossen solange Augen und Ohren, bis es nicht mehr ging«.<sup>13</sup>

Die Grenzen der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen wurden in der Praxis Thüringer Projekte auch aus Unkenntnis der Sozialarbeiter/-innen von Beginn an überschritten: Es wurden Ressourcen der Jugendarbeit genutzt, um rechtsextremistische Bestrebungen zu fördern und entsprechende Strukturen aufzubauen. Die körperliche und psychische Unversehrtheit von Nichtrechten wurde im Umfeld der Treffpunkt erheblich eingeschränkt.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre dominierte die Neigung der CDU-Alleinregierung zur entpolitisierten Darstellung der Problematik den landespolitischen: Wider besseren Wissens wurden Links- und Rechtsextremismus gleichgesetzt, Rechtsextremismus auf den Gewaltaspekt reduziert und als Jugendproblem abgetan. Beispielhaft dafür war das »Extremismuskonzept« der Thüringer Polizei (2000), aber auch die Ausrichtung der »Koordinierungsstelle Gewaltprävention« und das Fortbildungsprogramm »Konzepte der Gewaltprävention« für Lehrer/-innen und Sozialarbeiter/-innen. Diese Projekte, so Borchert bewiesen, dass man sich »mit dem politischen Aspekt des Rechtsextremismus ... nicht auseinander setzen [mag].«<sup>14</sup>

## Die extreme Rechte in Jena

Zur Entwicklung der extremen Rechten bis etwa 2002 in Jena liegt – neben Materialien der Initiativen – eine Studie vor, für die unter anderem auch führende Neonazis der Jenaer Szene interviewt wurden (Wohlleben, Kapke u.a.<sup>15</sup>): Klärner<sup>16</sup> stellt dar, dass erste Ansätze neonazistischer Bewegung auch in Jena bereits in der DDR existierten und sich ab Mitte der 1980er Jahre vor allem im Umfeld des Fußballvereins entwickelten. Die Aktivitäten beschränkten sich damals vor allem auf symbolisch präsentierte Opposition gegen den Staat; erst mit der Wendezeit begann die Szene offen aggressiv aufzutreten. Am 20. April 1990 feiern ca. 100 Neonazis in Jena den »Führergeburtstag« und versuchen anschließend, ein von linken besetztes Haus zu überfallen. Im selben Jahr kam es zu mindestens zwei Überfällen auf die JG, die unter anderem mit einer Schrotflinte beschossen wurde. Wohlleben beschreibt

---

13 Ebd., S. 110

14 Ebd., S. 210

15 Anonymisiert, aber für Szenekenner leicht zu identifizieren.

16 Klärner, Andreas: *Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten*, Hamburg, 2008.

die Zeit aus seiner Sicht lapidar mit: »Also's war dann halt zu irgendwelchen Fußballspielen [...] oder dann war mal'n linkes Konzert und da wurden halt'n Zug stürmt und so 'ne Sachen halt.«<sup>17</sup> Ab den ersten Berichten 1992 zählte der Staatsschutz Jena zu den »Konzentrationspunkten rechtsextremer Personengruppen« und der »rechtsextremistisch motivierten Straftaten« in Thüringen. 1994 wurde die »Anti-Antifa-Ostthüringen« gegründet, welche in Jena eine Sektion unterhielt (u.a. mit Kapke, Wohlleben, Mundlos, Böhnhardt) und sich ab 1997 »Thüringer Heimatschutz« (THS) nannte. Agitiert wurde vor allem gegen politische Gegner und Ausländer/innen. Die Anti-Antifa-Sektion Jena, so Klärner, entwickelte sich organisatorisch zum Kristallisationspunkt der rechtsextremen Szene in Thüringen. Neben Briefbomben, dem Bombenkoffer am Theaterhaus fanden zwischen 1997 und 2000 immer wieder spontane und organisierte Attacken auf Asylsuchende, Migrant/-innen, ausländische Gastwissenschaftler/innen, Punks, Skater, links-alternative Jugendliche und die JG Stadtmitte statt. Erst im Untersuchungszeitraum 2001/2002 beobachtet Klärner, dass die Szene in Jena insgesamt weit weniger gewaltsam vorgeht. Aus dem THS gehen der »Nationale Widerstand Jena« und der NPD-Kreisverband hervor.

Ein Angriff auf die JG mit vier zum Teil schwer Verletzten im Jahr 2000 stellt laut Klärner einen Wendepunkt im Umgang mit Rechtsextremismus in Jena dar: der Hintergrund rechts-extremer Gewalttaten werde nun nicht mehr verharmlost und auch in der Lokalpresse thematisiert. 2001 folgten schließlich das offizielle Stadtprogramm und die Installation von Kokont.

### **(Lokal-)Geschichte**

Geschichte erforschen bedeutet, Quellen zu prüfen, die mitunter schwer zugänglich sind, und Archivarbeit zu betreiben, die sehr (zeit-)aufwendig sein kann. In unseren Forschungsprojekten zu Rechtsextremismus und demokratischer Gegenmobilisierung am Institut für Soziologie steht zudem die Geschichte der 90er-Jahre nicht im Vordergrund, wenn sie auch in einigen der Interviews, die wir mit Akteuren der lokalen Initiativlandschaft führen zur Sprache kommt.<sup>18</sup> Soweit unsere bisher gewonnenen Erkenntnisse und die Quellenlage es zulassen, erscheint uns die vorgeschlagene Phaseneinteilung – mit Akzentverschiebungen – plausibel.

(1) Demnach setzte 1989/90 in Ostdeutschland eine Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus ein, die einerseits vom Zusammenbruch der DDR-Institutionen geprägt war, andererseits von den Erfahrungen ostdeutscher sozialer Bewegungen. Denn ebenso wenig wie der Neonazismus ein Westimport war, kann die Gegenmobilisierung von besonderen Bedingungen in der ehemaligen DDR abstrahieren. Zwar gab es bereits 1988/89 in der DDR

---

17 Ebd., S. 94.

18 Es handelt sich um das vom Land Thüringen geförderte Projekt »Rechtsextremismus im lokalen Kontext« sowie das EU-geförderte Projekt »MYPLACE – Memory, Youth, Political Legacy And Civic Engagement«. Im Rahmen der Forschungen werden Interviews mit Expert/-innen aus Kommunalpolitik, Behörden und Verwaltung sowie mit Aktiven aus antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen in Jena geführt.



Antifa-Gruppen, die sich unter dem Dach der Kirche organisierten und etwa den Neofaschismus in Sub- und Jugendkultur (Fußball, Naziskins) sowie den Institutionen (NVA, FDJ-Ordnergruppen) kritisierten. Als soziale Bewegung konnte sich in der DDR der 1980er Jahre jedoch v.a. die Öko- und Friedensszene etablieren. Daneben gab es eine linke Subkultur, die schon vor 1989 erste Hausbesetzungen organisierte und diese Praxis dann 1989/90 ausweitete. Besetzte Häuser und links-alternative Zentren wurden zu Beginn der 1990er Jahre unmittelbar zum Angriffspunkt für Neonazis (bekannt sind die Angriffe auf die JG, damals Treffpunkt der »Autonomen Antifa«); selten ging der Antifaschismus über die Organisation von (militanter) Selbsthilfe hinaus. Anders als im Westen handelte es sich bei »Antifa« kaum um eine »Teilbereichsbewegung« linker sozialer Bewegungen (Anschlüsse entstanden allerdings über die sogenannten Infoläden). Neonazismus wurde in der Öffentlichkeit weitgehend als Auseinandersetzung zwischen Jugendbanden entpolitisiert. In Thüringen bildete sich bereits 1991 mit dem Antifaschistischen/Antirassistischen Ratschlag ein Forum, auf dem autonome Antifaschist/-innen und *Einzelpersonen* aus Gewerkschaften, Parteien und Verbänden diskutierten. Das neonazistische »Aktionsspektrum« erweiterte sich bald um Angriffe auf Nicht-Deutsche und Asylbewerber/-innen. Die Öffentlichkeit reagierte mit der »Asyldebatte«, die Regierung unter Zustimmung der SPD-Opposition mit der Abschaffung des §16a GG.

(2) Mit dem »Asylkompromiss« wurden rechtsextreme Mobilisierungen ausgebremst, die weit verbreiteten rassistischen Einstellungen aber keineswegs bearbeitet. Ähnlich trugen Organisations- und Parteienverbote in den Jahren 1992-95 (Nationalistische Front, Deutsche Alternative, Wiking-Jugend, Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei u.a.) wie auch das Bundesprogramm AgAG (Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, Laufzeit 1992-1996) nicht zur Entschärfung, sondern zur Umstrukturierung des neonazistischen Lagers im Sinne einer Ausrichtung auf »kulturelle Hegemonie« bei. Nachdem die Massivität der Angriffe auf Antifaschist/-innen und links-alternative Jugendliche und subkulturelle Treffpunkte abnahm, setzte auch unter jenen, die sich gegen Rechts engagiert hatten eine Phase der Reorganisation und Neuorientierung, begleitet von einem Generationswechsel im Sektor des bewegungsförmigen Antifaschismus, ein. Der Organisationsgrad und die Professionalisierung (etwa bzgl. Öffentlichkeitsarbeit) unter Antifa-Gruppen nahmen zu; angeregt durch Organisationsdebatten in der bundesweiten Bewegung wurden auch verstärkt strategische Auseinandersetzungen geführt (»Antifa als Kampf ums Ganze«). Andererseits intensivierten die Aktiven ihre Arbeit in Bündnissen, deren Repräsentativität für das politische Spektrum zwar weiterhin sehr begrenzt blieb, die aber die politische Auseinandersetzung der Beteiligten voranbrachten und denen es gelang, eigene Schwerpunkte zu setzen (Saalfeld, Burschenschaften etc.). Die Zusammensetzung und Praxis der Bündnisse laborierte dennoch an einem Problem, das sich mehr und mehr aufdrängte: sich politisch gegen Rechts zu engagieren war nichts, was »normale Bürger« tun – und das auch deshalb, weil sich der bewegungsförmige Antifaschismus (und einen anderen gab es kaum) über die Abgrenzung vom »bürgerlichen Lager« bestimmte. Das lebensweltlich-subkulturelle und gegen-identitäre Selbstverständnis (»revolutionärer Antifaschismus«) einerseits, die politisch engagierte, aber wenig anschlussfähige Bündnisarbeit andererseits, mögen angesichts der Erfahrung der Pogrome in den frühen 90er-Jahren nachvollziehbar sein – politisch verloren sie jedoch an Perspektive.

(3) Das zeigte sich, als im Sommer 2000 Bundeskanzler Schröder den »Aufstand der Anständigen« ausrief und die im Jahr darauf anlaufenden Bundesprogramme Civitas, Entimon und Xenos begannen, »von oben« zu organisieren, was eigentlich Ergebnis einer Demokratisierungspraxis »von unten« sein sollte – zivilgesellschaftlicher Protest gegen Rechtsextremismus. Durch die Bundesprogramme wurde erstmals eingeräumt, dass in vielen Regionen ein Demokratiedefizit und ein Problem mit rechtsextremer Alltagskultur bestehen. Und wenn auch die Kampagne für ein NPD-Verbot die ordnungsrechtliche Perspektive in den Vordergrund stellte, bildeten sich v.a. in den größeren Städten in den folgenden Jahren Formen der aktiven Auseinandersetzung heraus: Kommunalpolitik und Verwaltung begannen, den Rechtsextremismus als Herausforderung ihrer selbst zu begreifen und delegieren ihn nicht länger weg als strafrechtliches oder bundespolitisches Problem. In Jena manifestierte sich dieser Trend in der Erarbeitung des Stadtprogramms gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz und der Einrichtung des Runden Tisches für Demokratie mit der Koordinierungs- und Kontaktstelle (KoKont). Eine tatsächlich selbstorganisierte Bürgergesellschaft entstand jedoch vorerst nur in Ansätzen.

(4) Ob man ihren Beginn nun 2005 oder 2007 datiert – inzwischen befinden wir uns wiederum in einer neuen Situation: verschiedene Faktoren haben dazu geführt, dass Jenas Innenstadt *weitgehend* frei von Ausdrucksformen rechtsextremer Alltagskultur ist. Und auch wenn das in Winzerla oder Lobeda möglicherweise anders aussieht, gilt für das Stadtgebiet, dass der *organisierte* Rechtsextremismus hier seit mehreren Jahren nicht mehr öffentlich Fuß fassen konnte. Trotz förderpolitischer Rückschritte (Extremismusklausel etc.) ist hier eine selbstbewusste Zivilgesellschaft, die in anderen Städten noch immer aufwendig simuliert werden muss, entstanden. Diese neue Phase des Engagements geht auf die verstärkte Öffnung des Protestspektrums für bürgerliche Milieus und ihre pragmatische Ansprache zurück, wird aber auch bedingt durch die gewachsene städtische Identität, die prosperierende ökonomische Entwicklung und die Verdichtung akademisch-intellektueller Lebenswelten. Es sind mithin besondere Bedingungen, die sich der Initiativlandschaft gegen Rechts bieten. Wie der zivilgesellschaftliche Protest gegen rechte Aufmärsche sich entwickelt, ohne dass rechte Aufmärsche stattfinden, ist eine offene Frage. – Sind die Geländegewinne der Zivilgesellschaft viel schneller umkehrbar als wir glauben? Gelingt die (von unseren Interviewpartner/-innen oftmals gewünschte) Übertragung des Demokratisierungsanspruchs, der mit der Organisation von Protesten verknüpft ist, auf andere Engagementbereiche? Wie sieht die Arbeit gegen den – nicht neonazistisch organisierten – Alltagsrassismus und für die Schaffung einer Jenaer »Willkommenskultur« (so der Wunsch eines Befragten) aus, die zugleich erfolgreich darin ist, die breite Partizipation anzureizen und demokratische Erfahrungen zu ermöglichen?

## **Entwicklungslinien**

Abschließend einige pointierte, aber unabgeschlossene Thesen zu den anfangs angesprochenen Entwicklungslinien in der Jenaer Initiativlandschaft gegen Rechtsextremismus:

(a) Antifaschismus ist in Jena seit 20 Jahren ein fester Bestandteil linker Bewegung. In dieser Stabilität ist er zugleich diskontinuierlich, da er sich v.a. jugend- und subkulturell artikuliert und formale Organisationsformen bewusst ablehnt. Andererseits gibt es seit dem »Antifa-Sommer« im Jahr 2000 Bemühungen, die Institutionen zu sensibilisieren<sup>19</sup> als auch eine institutionell aktivierte Zivilgesellschaft zu etablieren. »Intermediäre« Organisationsmodelle, die sich auf stärker institutionalisierte Formen von Politik beziehen (und sich damit neuen Personenkreisen und Ansprüchen öffnen), zugleich aber Vereinnahmung durch Institutionen vermeiden – in den Begriffen der politischen Philosophie: die als konstituierende Macht auf konstitutionelle Formen angewiesen sind, ohne in ihnen aufzugehen – stellen eine Herausforderung dar.

(b) Protest gegen Neonazis und rechtsextreme Aktivitäten findet in Jena inzwischen breiteste Zustimmung. Unter denen, die ihn organisieren, bestehen hingegen verschiedene Auffassungen über die Motive des Protests und den »Zugriff« auf das vorhandene Protestpotenzial. Umstritten ist v.a. die Mischung quantitativer und qualitativer Elemente der Mobilisierung, das notwendige Maß an ideologiekritischer Ansprache und die Ernsthaftigkeit bzw. Reichweite des zivilgesellschaftlichen Protests. Die Jenaer Initiativlandschaft gegen Rechts bewegt sich im Spannungsfeld von Identität und Politik einerseits, Gegenkultur und Politik andererseits.

(c) Jenas Sozialstruktur hat sich in den letzten 20 Jahren deutlich zugunsten einer lebendigen, hoch vernetzten Zivilgesellschaft entwickelt, die vom sozialwissenschaftlich diagnostizierten Wechsel in den Formen bürgerschaftlichen Engagements unterstützt wird: weg vom Modell der Mitgliedschaft, hin zu informellen und individuell zugeschnittenen Partizipationsformen. Beide Faktoren zeichnen – unter dem generellen, bundesweiten Trend zur Polarisierung der sozialen Ungleichheit – verantwortlich dafür, dass zivilgesellschaftliches Engagement weitgehend eine Praxis von Mittelschichten ist und eher additiv verstanden, von sozialen und demokratischen Fragen in der Arbeitswelt also eher getrennt angesehen wird.

(d) Der Eindruck einer nach wie vor gespaltenen Bürgergesellschaft, die als gesplante Stadt Ende der 90er-Jahre den Background für die Entwicklung des NSU-Rechtsterrorismus abgab, betrifft jedoch die klassischen ebenso wie die »neuen« zivilgesellschaftlichen Formen des Protests gegen Rechts: die Öffnung des Handlungsfeldes für nicht-linkspolitisch sozialisierte Menschen und solche ohne gewachsenen bürgerlichen und akademischen Hintergrund gelingt allenfalls in Sektoren der anpolitisierten Subkultur oder auch im Bereich der Fußball-Fankultur.

---

19 Dabei ist noch immer viel zu tun, vgl. etwa die Reaktion der Polizei bei einem der jüngsten Nazi-Übergriffe in Erfurt: <http://www.tlz.de/startseite/detail/-/specific/Uebergriff-von-Neonazis-auf-dem-Erfurter-Anger-Zeugen-gesucht-186908318>